

# Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

## Protokoll

### 50. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 19.11.2020  
**Sitzungsbeginn:** 17:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:20 Uhr  
**Ort, Raum:** JHA: Video-Konferenz;  
<https://global.gotomeeting.com/join/193281949>

---

Anwesend sind:

Herr Oliver Kociolek	Grüne	
Herr Tilo Siewer	Grüne	
Herr Falko Krause	SPD	Vertretung für: Herrn Daniel Schwarz
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD	
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE	
Frau Petra Schrader	DIE LINKE	
Herr Dimitri Golodni	CDU	
Herr Clemens Torno	parteilos	
Frau Susanne Bierwirth	JHA BD	
Frau Heidemarie Depil	JHA BD	
Frau Sabine Derwenskus-Böhm	JHA BD	
Frau Andrea Lang	JHA BD	
Herr Dirk Stiebritz	JHA BD	
Frau Bezirksstadträtin Ramona Reiser	BzStRätin	
Jug		
Frau Sabine Samuray	Jugendamt	Vertretung für: Frau Monika Goral
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände	
Herr James Rosalind	JHA beratendes Mitglied	
Frau Alexandra Däxl	JHA beratendes Mitglied	
Frau Mariana Kriebel	JHA beratendes Mitglied	
Frau Clara Keck	JHA beratendes Mitglied	
Frau Asra El Mohamed	JHA beratendes Mitglied	

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### Protokoll:

#### zu 1 Begrüßung und Genehmigung der TO

Die Tagesordnung wird wie vorliegend behandelt.

**zu 2            Genehmigung der Protokolle**  
**zu 2.1        zur 41. Sitzung am 05.03.2020**

Der TOP wird vertagt.

**zu 2.2        zur 43. Sitzung am 07.05.2020**

Der TOP wird vertagt.

**zu 2.3        zur 44. Sitzung am 13.05.2020**

Der TOP wird vertagt.

**zu 2.4        zur 45. Sitzung am 04.06.2020**

Der TOP wird vertagt.

**zu 2.5        zur 46. Sitzung am 12.08.2020**

Der TOP wird vertagt.

**zu 2.6        zur 47. Sitzung am 03.09.2020**

Der TOP wird vertagt.

**zu 2.7        zur 48. Sitzung am 10.09.2020**

Der TOP wird vertagt.

**zu 2.8        zur 49. Sitzung am 01.10.2020**

Der TOP wird vertagt.

**zu 3            Mitteilungen**

**zu 3.1        des JHA-Vorsitzenden**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**zu 3.2        des Bezirksamtes**

Die Mitteilungen des Bezirksamtes sind vorab übersandt worden.

Frau BzStRätin Reiser hebt daraus hervor, dass der erste Abschnitt des Bauvorhabens „Nauener Komplex“ bzw. „Haus der Familie und Jugend“ fertiggestellt sei, sodass der Regionale Sozialdienst, die Erziehungs- und Familienberatung sowie Teile des kommunalen Kinder- und Jugendbüros dort wieder einziehen können. Die Gesamteröffnung soll am 14. August 2021 stattfinden.

Für das Bauprojekt in der Edinburger Straße 55 sei nach Gesprächen und Erörterungen mit der Senatsverwaltung für Finanzen die Gesamtfördersumme von 3,7 Mio. EURO auf 4,8 Mio. EURO erhöht worden. Damit sei zwar kein Neubau, aber ein barrierefreier Umbau und eine Sanierung möglich.

Zum geplanten Kitausbau in der Triftstraße 12 werde es einen zweistufigen, nichtoffenen Realisierungswettbewerb geben, der im Dezember 2020 bekanntgegeben wird. Das Preisgericht werde im April 2021 tagen. Das Jugendamt ist aufgefordert worden, zwei Juroren zu benennen.

Am IBV „Familienzentrum, Brunnenstraße Süd“ haben sich drei freie Träger beworben. Das Jugendamt werde eine Vorauswahl treffen und diese dem JHA vorlegen. Die Unterarbeitsgruppe (UAG), in der die Mitglieder des JHA teilnehmen können, treffe sich am 24.11.2020 (Dienstag). An die UAG werden Unterlagen zur Vorbereitung übersandt. Ergänzend berichtet sie zum „Jungentag“, der am 18. September 2020 stattgefunden habe. Es seien mehr als 250 Besucher\*innen in das Wolfgang-Scheunemann-Haus ge-

kommen. Der Bedarf nach genderreflexiven Angeboten schein hoch zu sein. Das Angebot richte sich nicht nur an Jungen und junge Männer, sondern auch an Mädchen, die dadurch das Verhalten ihrer Brüder, Mitschüler u.a. verstehen lernen.  
Frau BzStRätin Reiser begrüßt, dass beide Geschlechtertage im Bezirk zelebriert werden.

Der Vorsitzende schlägt vor, das Thema „Architektur-Wettbewerb“ in der kommenden Sitzung zu besprechen. Nach Aussage des Jugendamts gebe es noch keinen Termin für die Vorentscheidung.

#### **zu 4      Stadtteilmütter in Mitte**

Frau Samuray (BA Mitte) informiert einleitend, dass das bewährte Projekt „Stadtteilmütter“ ein fester Bestandteil des Landesprogramms und damit auch fest finanziert sei. Frau Granson aus der Geschäftsleitung der Diakoniegemeinschaft Bethania berichtet mithilfe einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird. Das Projekt der „Stadtteilmütter“ habe vor 15 Jahren begonnen und war als auch „Kiezmütter“ oder „Mütter für Mütter“ bekannt. Mit der Umbenennung in den geschützten Begriff „Stadtteilmütter“ sei eine Qualitätssicherung verbunden. Der jährlich geplante Zuwachs sei durch die Einsparungen auf Landesebene nicht gefährdet, die Anträge für das kommende Jahr seien bereits gestellt. Der Bedarf je Bezirk ergebe sich aus der Bevölkerungsstruktur und den sozioökonomischen Belastungsfaktoren. Der Bezirk Mitte habe dabei im gesamtstädtischen Vergleich den höchsten Bedarf.

Die Digitalisierung nehme an Bedeutung zu, sodass ein wesentlicher Fokus auf die Medienpädagogik gelegt werde. Dazu seien intensivere Förderungen erforderlich. Das Sprachangebot in Mitte sei mit 17 Sprachen sehr vielfältig. Der Schwerpunkt liege bei Türkisch und Arabisch.

Die Gesamtzahl der Kontakte im Jahr 2020 liege bei 2.300, die Zahl der Angebote jedoch bei 3.600. Daraus lasse sich ableiten, dass die Familien meist 1-2 Angebote wahrnehmen, davon rund 20 % alleinerziehende Mütter. Die statistische Erfassung werde überarbeitet, sodass die Auswertung in den kommenden Jahren differenzierter erfolgen werde.

Das Arbeiten unter Pandemiebedingungen sei schwierig gewesen. Homeschooling sei für Alleinerziehende mit Kleinkind problematisch, da oft die technischen, sprachlichen und schulischen Ressourcen fehlten. Die Ausstattung und die Kenntnisse seien kontinuierlich verbessert worden, was einen hohen Kraftakt erfordert habe. Auf Nachfrage des Vorsitzenden schildert Frau Saber Fattahy, dass aufgrund der Unterstützung in Schulen und Kitas auch Kindern anderer Bezirke geholfen werde.

Auf weitere Nachfrage des Vorsitzenden berichtet sie, dass die bisherige Vergütung der Stadtteilmütter aus vorherigen Anstellungen mitgenommen worden sei. Die Stadtteilmütter seien in den Beschäftigungsmaßnahmen mit dem Mindestlohn vergütet worden und seien nun in die Entgeltstufe 2 eingruppiert. Mit der Übernahme in die Festanstellung werde eine Erfahrungsstufe mehr angesetzt. Es werde daran gearbeitet, die Entgeltgruppe an einem ähnlichen Konzept der Senatsverwaltung für Gesundheit zu orientieren. Damit käme unter Berücksichtigung mehrerer Erfahrungsjahre die Entgeltgruppe 5 in Betracht.

Frau BV Schrader (Fraktion DIE LINKE) erkundigt sich zu den Voraussetzungen und Qualifikationen, um angestellt werden zu können. Finanziell sollte eine Absicherung über das Familienförderungsgesetz geprüft werden.

Frau Granson erläutert, dass die Zugangsvoraussetzungen das Sprachniveau B1, eine eigene Migrationsgeschichte sowie eine eigene Mutterschaft seien. Mit der Anstellung erhalten die Stadtteilmütter eine Grundqualifizierung, Weiterbildung, Fortbildung und Auffrischung. Das reiche jedoch nicht aus, um in einen Erzieher\*innenberuf einzusteigen. Das Programm „Stadtteilmütter“ werden im Familienförderungsgesetz zwar berücksichtigt, doch seien noch einige Aspekte zu klären. Die Erfassung der Anzahl der Angebotsstunden sowie die Produktbeschreibung müsse noch entwickelt werden.

Auf Nachfrage von Frau Lange (Bürgerdeputierte) informiert Frau Granson, dass in der Beratung die Gesundheitsthemen schon immer einen hohen Anteil einnahmen und während der Corona-Pandemie noch stärker im Fokus lagen. Dazu zählen auch Unsicherheiten zu Umgang mit Lockerungen im Rahmen der Infektionsschutzverordnung.

## **zu 5 Sachstand Familienfördergesetz**

Herr Beckmann möchte Fragen zu seiner eingereichten Vorlage klären. Auf Nachfrage des Vorsitzenden informiert Herr Beckmann über die Priorisierung standortgebundener Angebote.

Frau Depil erkundigt sich nach der Budgetsumme und der dazugehörigen Ermittlungsbasis. Herr Beckmann kann genaue Ergebnisse noch nicht veröffentlichen. Die Zusammenarbeit der Senatsfinanzverwaltung und der Jugendhilfefachkräfte sei nicht zielführend gewesen, sodass der gemeinsame Arbeitsprozess gestoppt wurde. Auf weitere Nachfrage von Frau Depil antwortet Herr Beckmann, dass noch kein Budgetierungsverfahren vorliege, und somit noch nicht über die Zuweisung der finanziellen Mittel je Bezirk berichtet werden könne.

Frau Samuray sagt, sie glaube nicht an einen Verteilungskampf unter den Bezirken.

Der Vorsitzende möchte das Thema erneut zu einem späteren Zeitpunkt aufgreifen.

Als Nachtrag gibt Herr Beckmann an, dass die Stadtteilmütter unter der Angebotsform zwei gewertet werden.

## **zu 6 Sachstand Tagespflege**

Frau Samuray berichtet über eine Verlängerung der Tagespflege über das 3. Lebensjahr in Ausnahmefällen. Tagespflegepersonen seien dazu ermächtigt, bei der Bedarfsprüfung mitzuwirken. Es soll einen regelmäßigen Austausch zwischen den Tagespflegepersonen und dem Jugendamt geben. Offengeblieben sei die Frage nach einer erneuten Bedarfsprüfung ab dem 3. Lebensjahr bei Verbundpflegen.

Frau Saueremann stimmt nicht mit Frau Samuray überein. Der Betreuung von Kindern in den Verbundpflegen bis zum 6. Lebensjahr, ohne Bedarfsprüfung, sei von Frau Goral zugestimmt worden. Die Gespräche mit der Senatsjugendverwaltung gelten als abgeschlossen und die Betreuungsverträge überarbeitet. Gemäß §§ 17, 18 KitaFöG sei es möglich Kinder bis zur Einschulung zu betreuen.

Der Vorsitzende kann keinen Widerspruch in der Berichterstattung von Frau Samuray nicht erkennen und sagt er verstehe den Wunsch einer Klarstellung.

Frau Samuray verdeutlicht, dass sie den Prozess nicht weiter hinauszögern will, sie werde eine Präzisierung bei der Senatsjugendverwaltung erbitten.

## **zu 7 Berichterstattung aus den AG'en 78**

Frau Homann berichtet aus AG1, dass Jugendfreizeiteinrichtungen mit Außenraum sehr beliebt seien. Die digitalen Angebote werden weniger wahrgenommen.

Herr Bachmann informiert über die vergangene Online-Schulung zum Thema Digitalisierung in der Jugendberufshilfe.

Frau Depil fasst den Inhalt der strategischen Steuerungsrunde zusammen: thematisiert worden seien die Auswirkungen von Corona in den Schulen. Die Zahlen seien anders als erwartet nicht so dramatisch. Der Vorsitzende widerspricht dieser Aussage und betont einen hohen Zuwachs der Inzidenz bei jungen Menschen. Besonders auffällig sei die

Entwicklung in der Altersgruppe 10-14, die Inzidenz habe sich innerhalb einer Woche verdreifacht.

Frau Samuray sieht die Schulen nicht als Infektionstreiber, die Infektionen werden in die Schulen hineingetragen. Zur IT-Ausstattung möchte sie nachfragen, dass mittlerweile Tablets angeboten werden, wenige Eltern jedoch das Angebot nutzen.

Frau Grass schickt ihren Teil schriftlich nach.

**zu 8 Aktuelle Viertelstunde**

Es liegen keine Nachfragen vor.

Frau Bierwirth berichtet, dass die Familien Probleme haben, da keine Planungssicherheit bestehe, wann Kitas wieder aufmachen.

**zu 9 Verschiedenes**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

gez.  
Tilo Siewer  
Vorsitzender

Haaske/ Ersek  
Protokollantinnen